

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL) vom 20. März 2003: Kulturpolitik der Stadt Bern: Standortbestimmung und Handlungsstrategien (04.000210)

In der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2003 wurde das folgende Postulat Fraktion GFL/EVP erheblich erklärt:

Anfangs 2004 werden die Subventionsverträge mit den grossen kulturellen Institutionen der Stadt aller Wahrscheinlichkeit nach in Kraft treten; sie enthalten neue Abgeltungssätze und die Unterstützung neuer Institutionen bzw. neuer Institutionsteile. Angesichts der noch immer äusserst angespannten städtischen Finanzen ist die Ungewissheit über die Zukunft, die nach wie vor in den Kulturkreisen der Stadt herrscht, verständlich und es stellen sich zahlreiche inhaltliche und finanzielle Fragen. Diese sind nicht nur, aber auch im Vorfeld der Neuaustrahlung der Leistungsverträge nach 2007 zu klären.

Das gültige kulturpolitische Konzept des Gemeinderats ist 1996 erlassen worden („Die Kulturpolitik der Stadt Bern für die Jahre 1996-2008, Konzept des Gemeinderats“). Die Motive für seine Erarbeitung waren Sparbeschlüsse des Gemeinderats in den frühen 90er-Jahren und eine Petition der städtischen Kulturinstitutionen von 1993. Das Konzept ist in seinen Grundzügen nach wie vor gültig. Es kann unverändert durchaus bis 2008 gedankliche Richtschnur bleiben.

Allerdings hat sich seit 1996 vieles geändert. Im rechtlichen Bereich sind zu erwähnen der neue Artikel 50 Absatz 3 der neuen Bundesverfassung, das kantonale Kulturförderungsgesetz mit der regionalen Kulturkonferenz, der neue kantonale Finanz- und Lastenausgleich. Obwohl Einigkeit darüber herrscht, dass das Modell der Aushandlung der Kulturverträge über die regionale Kulturkonferenz untauglich ist, ist eine neue Form noch nicht absehbar. Im inhaltlichen Bereich ist neu zu rechnen mit dem Paul Klee-Zentrum (an dessen Betriebsaufwand die Stadt ab 2005 sich mit 2.5 Mio Franken beteiligen müssen), das Projekt einer Abteilung Gegenwart am Kunstmuseum, Diskussionen zum Dreipartnenbetrieb des Stadttheaters, neue Kulturprojekte aller Art. Im Bereich der Verwaltung kann damit gerechnet werden, dass in der nächsten Zeit eine neue Leiterin oder ein neuer Leiter der Abteilung für Kulturelles gewählt werden wird.

Anderes ist gleich geblieben. Die städtische Finanzlage ist aufs Äusserste angespannt. Für aufwändig sanierte Gebäude gibt es attraktive Nutzungskonzepte, aber zu wenig Betriebsmittel (Beispiele: Kornhausforum, Dampfzentrale). Grundsätzlich ist auch das Verhältnis zwischen der städtischen und der kantonalen Kulturförderung ungeklärt.

Die Spannung zwischen halbwegs positiv veränderter Ausgangslage, aber weitgehend gleichgebliebener Problemsituation, verlangt eine umfassende Analyse der heutigen Situation und drängt zur Überprüfung nicht des kulturpolitischen Konzepts selber, wohl aber seiner Umsetzung. Die Konkretisierung seiner Anwendung muss auf die veränderten Umstände reagieren – unter Umständen müssen in der Folge auch Retuschen am Konzept selbst vorgenommen werden. Die angepassten Vorstellungen zu seiner Umsetzung sind Voraussetzung, um die Diskussion über neue, wie auch immer geartete Verträge über die Mitfinanzierung der Agglomerationsgemeinden mit Erfolg aufnehmen zu können.

Der Gemeinderat wird ersucht, eine Standortbestimmung vorzunehmen und – gestützt darauf – neue Umsetzungsmodelle des kulturpolitischen Konzepts zu prüfen. In die Arbeit sind die kulturellen Einrichtungen und Kommissionen einzubeziehen.

Die Umsetzung soll für einen Zeitraum der kommenden acht bis zehn Jahre klären, welche kulturellen Einrichtungen und welches kulturelle Angebot die Stadt Bern in welchem Umfang und in welcher Qualität will und was sie sich leisten kann. Im Folgenden sind im Sinne von Beispielen nur drei von zahlreichen Fragen aufgeführt:

- die längerfristigen Perspektiven und die Finanzierungsmodelle für die bauliche Erweiterung des Kunstmuseums (für das Projekt Gegenwartskunst);
- die Kooperation zwischen Kleezentrum und Kunstmuseum im künstlerischen und administrativen Bereich;
- der Dreipartnenbetrieb des Stadttheaters.

Darüber hinaus sollen konkrete Ansätze entwickelt werden, wie die Aufgabenteilung mit dem Kanton und der Region neu geregelt wird und welche Leistungen vom Bund erbracht werden.

Bern, 20. März 2003

Zum Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL), Peter Künzler, Anna Coninx, Conrardin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Michael Straub

In der Sitzung vom 12. Mai 2005 lehnte der Stadtrat mit SRB 197 den Prüfungsbericht des Gemeinderats ab. Auftragsgemäss erstattet der Gemeinderat hiermit einen neuen Bericht.

Bericht des Gemeinderats

Der Vorstoss ersucht den Gemeinderat, eine kulturpolitische Standortbestimmung vorzunehmen und gestützt darauf neue Umsetzungsmodelle des kulturpolitischen Konzepts zu prüfen. Für die Aufgabenteilung mit dem Kanton und die Zusammenarbeit in der Region sollen neue Ansätze entwickelt werden. Zu klären ist, was der Bund leisten kann. Die Umsetzung soll für die kommenden acht bis zehn Jahre bestimmen, welche kulturellen Einrichtungen und welches kulturelle Angebot in welchem Umfang und welcher Qualität die Stadt Bern will. In die Arbeit sind die Kultureinrichtungen und die Kulturförderungskommissionen einzubeziehen.

Der Gemeinderat kommt den Forderungen mit der Strategie für die städtische Kulturförderung 2008 bis 2011 in sehr weiten Teilen nach. Für alle inhaltlichen Aspekte wird auf die Strategie verwiesen, die in diesem Sinn Bestandteil des zweiten Prüfungsberichts bildet.

Nicht vollständig geklärt werden konnten drei Punkte des Postulats:

- Was der Bund zu Gunsten der Kultur in der Bundesstadt leisten kann, ist offen. Der gemeinsame Vorstoss von Stadt und Kanton Bern und der Bundeskanzlei im Jahr 2004 für ein Bundesstadtdgesetz scheiterte im Bundesrat. Eine Klärung muss folglich auf den neuen Rechtsgrundlagen des Bunds für die Kulturförderung erfolgen. Diese stehen noch aus. Es wird erwartet, dass der Bundesrat die Botschaft für ein neues Bundesgesetz über Kulturförderung im Frühjahr 2007 zu Handen der Eidgenössischen Räte verabschieden wird.
- Die Aufgabenteilung mit dem Kanton und die Zusammenarbeit in der Region sind offen. In Bezug auf die Region wird derzeit die kantonale Strategie für die Agglomerationen und die Zusammenarbeit in den Regionen (SARZ) beraten. Sie sieht unter anderem vor, dass Kultur ein Politikfeld der neu zu bildenden Regionalkonferenzen – hier der Regionalkonferenz Bern-Mittelland mit 104 Gemeinden – wird. Werden die kantonalen Rechtsgrundlagen geschaffen, kann nach Zeitplan 2008 die Initialabstimmung in den betroffenen Gemeinden

durchgeführt und bei positivem Ausgang die Regionalkonferenz gebildet werden. Erst anschliessend werden Inhalte und Organisation des regionalen Politikbereichs Kultur zu bestimmen sein.

Die kulturpolitische Zusammenarbeit mit dem Kanton ist im Fluss. Im April 2006 hat der damalige Regierungspräsident Mario Annoni ein Kulturkonzept der Erziehungsdirektion für den Kanton Bern vorgestellt. Dieses stiess auf breite Kritik, besonders mit der Idee einer Entflechtung der Finanzträgerschaft der grossen Institutionen. Nun hat Erziehungsdirektor Bernhard Pulver eine Überarbeitung des Kulturkonzepts in die Wege geleitet. Ziel der Überarbeitung ist eine neue Version des Kulturkonzepts, die sich unter Berücksichtigung der geäusserten Kritik näher mit der Frage der Rollenverteilung zwischen Städten und Kanton befasst. Ein neuer Schwerpunkt soll die Kulturpädagogik sein. Der Erziehungsdirektor hat Anfang 2007 mit den wichtigsten Partnerinnen und Partnern Gespräche aufgenommen. Der Regierungsrat soll das neue Konzept im Herbst 2007 verabschieden können. Auf dieser Basis wird dann das kantonale Kulturförderungsgesetz revidiert; es soll 2010 in Kraft treten.

Folgerung: Unter diesen Umständen war es nicht möglich, der im Postulat erhobenen Forderung vollumfänglich nachzukommen. Die Strategie des Gemeinderats enthält aber wesentliche Überlegungen und Auffassungen zu diesen Punkten.

- Angesichts der dargelegten Verhältnisse erwies es sich als nicht sinnvoll, auf einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren – wie im Postulat gewünscht – vorauszublicken. Der Gemeinderat begrenzt seine Strategie auf die Jahre 2008 bis 2011. Er schafft damit mittelfristig verbindlich Klarheit und nimmt nichts vorweg, was der künftigen Entwicklung hinderlich sein könnte. An dieser Entwicklung wirkt der Gemeinderat intensiv mit.

Bern, 14. Februar 2007

Der Gemeinderat